



Entschließungsantrag zu der dritten
Beratung des Gesetzentwurfs der
Bundesregierung -19/3400, 19/3402,
19/4623, 19/4624, 19/4625, 19/4626-
Entwurf eines Gesetzes über die
Feststellung des Bundeshaushaltsplans
für das Haushaltsjahr 2019
(Haushaltsgesetz 2019) hier:
Einzelplan 60 Allgemeine
Finanzverwaltung

**Parlamentarische Initiativen von Lorenz Gösta Beutin, Gesine
Löttsch, Heidrun Bluhm-Förster, Caren Lay, Ralph Lenkert,
Victor Perli, Hubertus Zdebel, 20. November 2018**

**20.11.18 - Entschließungsantrag -
Drucksache Nr. 19/5851**

Das UN-Klimaabkommen von Paris verlangt von allen
Staaten zusätzliche Anstrengungen, um die
Erderwärmung auf ein erträgliches Maß zu
begrenzen. Mit rund 300 Millionen Tonnen
Kohlendioxid verursacht der Gebäudesektor in
Deutschland rund ein Drittel der deutschen
Treibhausgasemissionen, die bis zum Jahr 2050 um

95 Prozent reduziert werden sollen. Es ist Aufgabe der Politik, Rahmenbedingungen, Kontrollmechanismen und Förderinstrumente zu schaffen, die eine kalte Vertreibung von Mieterinnen und Mietern verhindern. Die Nettokosten von energetischen Sanierungen müssen fair verteilt werden; Einkommensschwache Bewohnerinnen und Bewohner sind besonders zu schützen. Dem Missbrauch des Umbaus für gesetzeswidrige Umlagen oder Luxussanierungen ist ein Riegel vorzuschieben.

Herunterladen als PDF

Hier spricht die Opposition

Den Newsletter *Hier spricht die Opposition* erhalten Sie wöchentlich per E-Mail – der bequemste Weg, immer aktuell informiert zu sein über die Aktivitäten und Initiativen unserer Fraktion. Abonnieren Sie jetzt!